

Biodiversität, Düngeverordnung und Klimawandel

Lösungsansätze einer bäuerlichen Landwirtschaft und Forderungen an die Agrarpolitik

Fachtagung am Donnerstag den 21. März 2019

Landgasthof Vogelsang in 86706 Weichering,
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen



Veranstalter:

Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Bayern e.V.

In Kooperation:

Petra-Kelly-Stiftung
Bayerisches Bildungswerk für
Demokratie und Ökologie in der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.



Herausgeber und Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Bayern e.V.

Andrea Elisabeth Eiter, Geschäftsführung

Neidhartstr. 29 ½, 86159 Augsburg

abl-bayern@web.de

www.abl-bayern.info

Tel. 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63, Fax: 0821/32873073

Text, Redaktion und Gestaltung:

Edith Luttner, Agrarjournalistin

Parlerstr. 27, 80937 München, Edith.Luttner@t-online.de

und Andrea Elisabeth Eiter

Gruppenbild auf dem Titel:

TagungsveranstalterInnen und ReferentInnen: (v.l.n.r.) Wolfram Güthler, Josef Schmid, Vorsitzender der ABL Bayern, Dr. Andrea Beste, Gertraud Angerpointner Vorsitzende ABL-Bayern, Dr. Anita Idel, Isabella Hirsch 2. Vorsitzende ABL-Bayern, Prof. Dr. Onno Poppinga, Lucia Egner und Nikolaus Winter (AbL-Regionalgruppe Oberland)

1. Auflage 02.05.2019, korrigierte Auflage 21.06.2019

Leider ist es im Rahmen der Dokumentation zu sinnentstellenden Passagen hinsichtlich Terra-preta- und Schwarzerde-Böden im Beitrag über den Vortrag von Anita Idel gekommen. Gerne entsprechen wir deshalb dem Wunsch der Referentin, den Beitrag zu ersetzen. Dazu hat sie uns einen Artikel aus OYA 50 von Ende 2018 zur Verfügung gestellt."

Druckexemplare können bei der Geschäftsstelle bestellt werden, pdf-Download hier:

<http://www.abl-bayern.info/wir-ueber-uns/publikationentexte/>

Inhalt und Einführung in die Tagungsthemen

Einführung

Wolfram Gütler stellte den aktuellen Zustand im Bereich Artenvielfalt sowie die Programme des STMUV vor. Er ließ keinen Zweifel daran, dass die industrielle Landwirtschaft eine wesentliche Ursache für die negative Entwicklung ist.

Seit dem Sommer 2017 ist die neue Düngerverordnung in Kraft. Inwieweit diese novellierte DüV den Spagat zwischen praktikablen Lösungen für die Landwirtschaft und Umweltinteressen schafft, bleibt abzuwarten. Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofes vom 21. Juni 2018 sagt sehr deutlich, dass die aktuellen Vorgaben durch die DüV nicht reichen.

Kritik an der DüV gibt es genug, selbst von agrarwissenschaftlicher Seite wird dem neuen Regelwerk vorgeworfen, mit viel zu hohen Nährstoff- und damit Düngedarfen zu kalkulieren und so die Überdüngungspraxis nahtlos fortzusetzen. Viele Praktiker sehen auch die Vorgaben zu den teuren technischen Lösungen der bodennahen Gülleausbringung äußerst kritisch. **Prof. Dr. Onno Poppinga** stellte die wichtigsten Änderungen und kritischen Einschätzungen aus Agrarverwaltung und Agrarwissenschaft vor.

In einem Exkurs zeigten die beiden Milchviehhalter **Lucia Egner und Nikolaus Winter**, wie klimaschädliche Emissionen aus Gülle durch Gülleveredelung anders bewältigt werden können als mit den künftig vorgeschriebenen Ausbringetechniken.

'Wir haben Klimawandel!' – unter dieser Überschrift standen die Vorträge von **Dr. Andrea Beste und Dr. Anita Idel**. Die Landwirtschaft ist Verursacher und zugleich Opfer des Klimawandels. Sie hat aber viele Möglichkeiten die Treibhausgas-Emissionen zu begrenzen.

Die Referentinnen belegen mit ihrer aktuellen Studie im Auftrag der Europäischen Grünen „*Technikgläubigkeit und BIG-DATA – Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist*“ wie man landwirtschaftliche Systeme resilient macht. Beide forderten mehr Transparenz, um unterschiedliche Agrarsysteme miteinander vergleichen zu können. Welche schonen die Ressourcen und brauchen weniger Energie?

Nur dann ließen sich die wirklichen Kosten für Umwelt, Klima und Tiergesundheit der industriellen Landwirtschaft zuordnen.

Inhalt

Die aktuelle Agrarpolitik und die GAP-Reform ab 2020

Seite 4

Die Situation der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft – mit welchen Maßnahmen können wir die Biodiversität sichern?

Wolfram Gütler, Leiter des Referats Landschaftspflege und Naturschutzförderung im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Seite 5

AbL-Exkurs zum Volksbegehren 'Rettet die Bienen'

Seite 7

Kritische Betrachtung der neuen Düngerverordnung

Prof. Dr. Onno Poppinga (Kasseler Institut für ländliche Entwicklung KI)

Seite 8

Lucia Egner und Nikolaus Winter - Praktikerexkurs zu Gülleveredelung statt teurer Ausbringetechnik

Seite 11

Klimawandel: Klimaschutz und Anpassungsstrategien in der Landwirtschaft

Dr. Andrea Beste (Agrarwissenschaftlerin und Diplom-Geographin), Co-Autorin Bodenatlas Heinrich-Böll-Stiftung und "Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur", Mainz

Seite 12

Die Grasfresser wieder zu Landschaftsgärtnern machen

(Abdruck aus Zeitschrift Oya 50 – 2018)

Dr. med. vet. Anita Idel (Tierärztin, Mediation und Projektmanagement Agrobiodiversität, Leadautorin im UN-Weltagrarbericht (IAASTD))

Seite 14

Fazit

Seite 17

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden sich zur Fachtagung ein und diskutierten die Beiträge der sechs Referent*innen.

Die aktuelle Agrarpolitik und die GAP-Reform ab 2020

Die Landwirtschaft wird zu einem großen Teil mitverantwortlich gemacht für den Artenschwund, neben dem Klimawandel eines der dringendsten Probleme der Gegenwart. Deshalb braucht es einen schnellen Wandel in der landwirtschaftlichen Forschung, Entwicklung und der landwirtschaftlichen Praxis sowie eine wirkliche Reform der gemeinsamen Agrarpolitik

Notwendig ist eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik, die sowohl den Umwelt-, Arten- und Klimaschutz als auch die Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe zum Ziel hat.

Der Agrar-Atlas 2019¹⁾ beschreibt die aktuelle EU-Agrarpolitik als 'unökologisch, ungerecht und ineffektiv'. Von den fast 60 Milliarden €, die die EU jährlich für die Landwirtschaft ausgibt, wird nur ein geringer Teil für jene Ziele verwendet, die den meisten Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind: Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität und Erhalt kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe.

Für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zahlt jeder Europäer jährlich 114 € Steuergelder. Im Förderzeitraum 2014 bis 2020 machen die Direktzahlungen 72 % des gesamten GAP-Budgets aus. Doch 80 % dieser Direktzahlungen gehen an nur 20 % der Berechtigten. 1 % der Betriebe in Deutschland bekommt ohne größere ökologische Auflagen etwa 20 % der Subventionen.

Einer im Agrar-Atlas veröffentlichten repräsentativen Forsa-Umfrage zufolge wünschen sich 49 % der Befragten, dass zwar alle Betriebe finanziell unterstützt werden, **aber mehr Fördergelder für besondere Leistungen der Landwirtschaft, wie Natur-, Gewässer- oder Klimaschutz, fließen sollen.** Weitere 39 % waren der Ansicht, dass Landwirte ausschließlich für besondere Leistungen Gelder erhalten sollten. Zudem bereitet das Höfesterben in Deutschland große Sorge: 73 % sind dafür, dass mittlere und kleine Betriebe besonders stark staatlich unterstützt werden sollten.

1) Der AGRAR-ATLAS 2019 ist ein Kooperationsprojekt von Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Le Monde Diplomatique.

Da es eine bäuerliche, umwelt- und klimafreundliche Landwirtschaft nicht zum Null-Tarif gibt, müssten Fördergelder besonders jenen Betrieben zu Gute kommen, die Umwelt- und Tierschutzleistungen erbringen. Denn: Dafür bekommen die Bauern und Bäuerinnen bisher zu wenig Geld vom Markt.

AbL Punkte-Modell: Für eine soziale und ökologisch nachhaltige Reform der GAP

Öffentliche Gelder müssen gerechter an die tatsächlichen Erbringer gesellschaftlicher Leistungen verteilt werden, an vielfältig organisierte, bäuerliche Betriebe. Dafür hat die AbL ein punktebasiertes Modell erarbeitet. Es besteht aus den drei Bausteinen

- Betriebsprämie
- Flächenprämie
- Tierwohlprämie

Basis der Berechnung sind u.a. Kriterien wie Schlaggröße, Fruchtfolge, Grünlandanteil, Viehbesatz pro Fläche, Art der Tierhaltung. Die Daten zur Bewertung sind zum größten Teil den Mehrfachanträgen zu entnehmen.

In den Betrieben bliebe es der Entscheidung des Betriebsleiters überlassen, die rationalisierte Betriebsorganisation beizubehalten oder durch eine aufwendigere Wirtschaftsweise höhere Prämien zu erreichen. Die Situation kleinerer Höfe, die aufgrund natürlicher oder struktureller Voraussetzungen Tierhaltung betreiben müssen, würde sich durch das Punktemodell wesentlich verbessern.

Nach dem derzeitigen Diskussionsstand sollen auch in der 1. Säule der EU-Agrarförderung Ökokriterien, sog. Eco-Schemes, verpflichtend eingeführt werden als Ersatz für das bisherige Greening. Auch dafür würden sich Bausteine des AbL-Punktemodells sehr gut eignen.

Weitere Informationen zum Punktemodell und Flyer zum Download:

<http://www.abl-bayern.info/wir-ueberuns/bayerische-positionen/>

Die Situation der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft – mit welchen Maßnahmen können wir die Biodiversität sichern ?

Vortrag von Wolfram GÜthler

Wolfram GÜthler betonte, dass die Ertragssteigerungen im Ackerbau und bei Grünland mit stark gestiegenem Input von fossiler Energie über einen verstärkten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldünger erkaufte worden sind. Hinzu kämen immer engere Fruchtfolgen auf immer größeren Äckern. Dies habe zu einer besorgniserregenden Abnahme der Biodiversität in der Agrarlandschaft beigetragen.

Bestandsaufnahmen zum Rückgang der Biodiversität - eine alarmierende Bilanz

Die Krefelder Insektenstudie

Er stellte die Krefelder-Studie vor, die Ende letzten Jahres veröffentlicht wurde. Ehrenamtliche Insektenkundler des Entomologischen Vereins Krefeld hatten in den vergangenen knapp 30 Jahren an insgesamt 63 verschiedenen Orten in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz in speziellen Fallen Insekten gesammelt.

Die Insektenpopulationen sind zwischen 1989 und 2016 in Deutschland um 75 % zurückgegangen. Bestimmte Gruppen sind besonders gefährdet, z. B. Wildbienen. Mittlerweile sind 41% der Arten in ihrem Bestand bedroht.



Foto: Prof. C. Künast, Eco-System Consulting, TUM

Nicht nur Rückgang der Artenzahlen, sondern auch Rückgang der Insektenbiomasse, selbst in Schutzgebieten teils bis 80%, bedeutet immer weniger Nahrung für andere Artengruppen, z.B. Fledermäuse. Wild- und Nutzpflanzen werden nicht mehr ausreichend bestäubt.

In China gibt es inzwischen Obstplantagen, die von Hand bestäubt werden müssen.

Dachverband deutsche ornithologische Verbände (DDA)

Ähnlich dramatisch ist nach obiger Bestandsaufnahme die Situation für die heimischen Vögel. Im Vergleich von 1990 zu

2013 lebten bei uns 38 % weniger Feldlerchen, 61 % weniger Uferschnepfen, 76% weniger Kiebitze und 84% weniger Rebhühner (siehe dazu Abb..

Die Zahl der Vogel-Brutpaare ist zwischen 1980 und 2010 um 300 Millionen in den landwirtschaftlichen Gebieten der EU zurückgegangen, das entspricht minus 57% (siehe dazu Abb. 1, Seite 6).

Der Anteil von **Landwirtschaftsflächen (Ackerland und Grünland) mit hohem Naturwert** an der Agrarlandschaft hat sich seit der Ersterhebung 2009 von 13,1% auf 11,4% in 2015 verringert. Vor allem gibt es immer weniger Brachflächen.

Ackerwildkräuter:

Seit den 1950-er Jahren ist die mittlere Artenzahl im Inneren von Ackerflächen um über 70 % zurückgegangen. Von den 270 Ackerwildkrautarten in Deutschland sind über ein Drittel gefährdet.

Die Ursachen des Artenrückgangs

Warum und wie es so weit kommen konnte, dazu erklärte Wolfram GÜthler, dass Landwirte mit möglichst geringem Aufwand möglichst hohe Erträge erzielen wollten. Dazu setzten sie Pflanzenschutzmittel ein und sie schufen möglichst große, einheitliche Äcker, ohne Feldgehölze, ohne Ackerrandstreifen, Bachläufe wurden begradigt (Habitat-Zerstörung). Damit waren die Voraussetzungen geschaffen worden, um mit immer leistungsfähigeren Landmaschinen und PS-starken Bulldogs den Arbeitsaufwand für die Bodenbearbeitung, Saat und Ernte zu minimieren.



Zusätzlich wurden zwischen 1970 und 2013 in Bayern 500.000 ha Dauergrünland umgebrochen. Weiter machte er für den Artenschwund den unge-

bremsten Hunger nach Flächen für den Straßen- und Siedlungsbau mit verantwortlich .

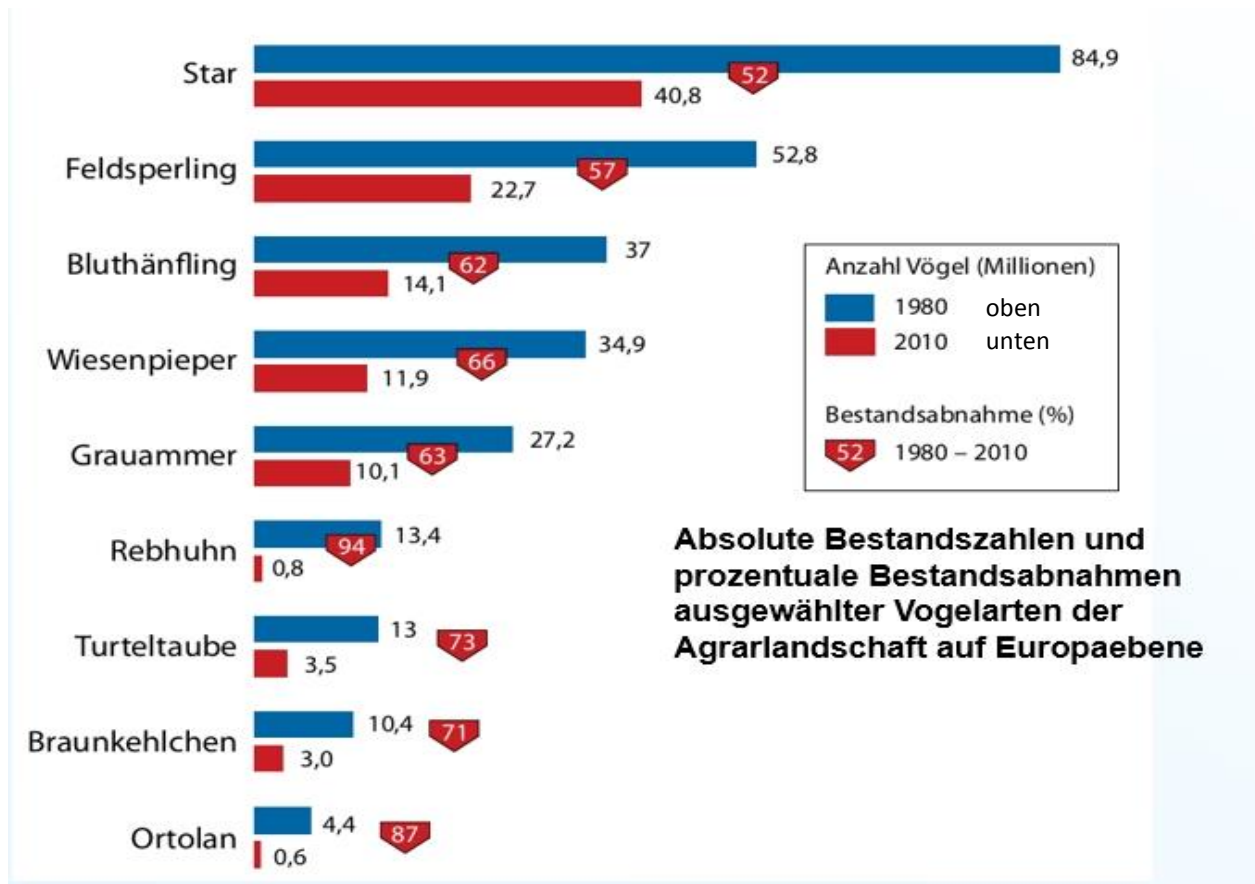


Abb. 1: Dröschmeister et al 2012 für Dachverband deutsche ornithologische Verbände (DDA)

Die Aktivitäten des Umweltministeriums

Wolfram Güthler stellte das bayerische **Vertragsnaturschutzprogramm (VNP)** mit einer Fördersumme von ca. 44 Mio. € pro Jahr für 90.000 ha (3 % der landwirtschaftlichen Flächen) vor. 20.000 Bauern, Schäfer, Teichwirte nahmen in 2018 daran teil. Mittelfristig soll die Fläche verdoppelt und die Finanzmittel in 2019 auf 50 Mio. € aufgestockt werden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen wird auf ökologisch wertvollem Grünland abgeschlossen.

Das VNP besteht aus kombinierbaren Modulen. Für eine Feuchtwiese kann ein Landwirt bis zu 850.-€ je Hektar und Jahr erhalten, wenn er erst nach dem 1. Juli mht, auf Düngung verzichtet und einen Feuchtigkeitszuschlag und eine Erschwerniszulage, z.B. für einen Balkenmäher, geltend machen kann.

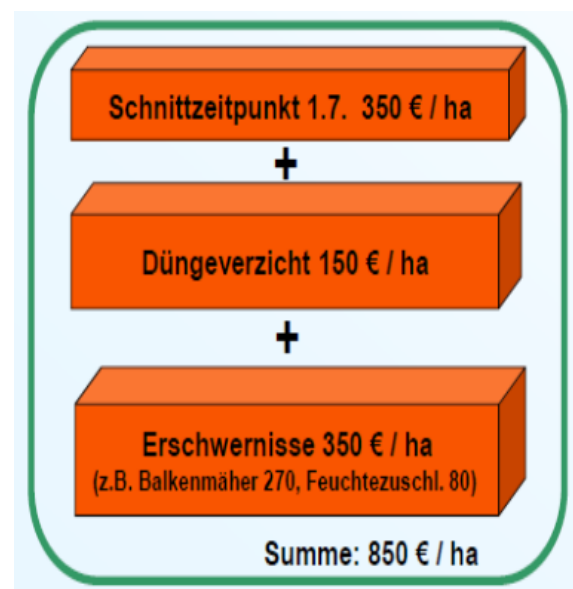


Abb. 2: VNP-Paket Feuchtwiese, Einzelmaßnahmen

Lobend erwähnte Wolfram GÜthler in diesem Zusammenhang das Engagement vieler Landwirte, die Flächen pflegen, deren Bewirtschaftung sich nicht lohne, beispielsweise Buckelwiesen.

Das STMUV führt **Erfolgskontrollen** durch. Ein typisches Evaluierungsbeispiel ergab auf einer VNP-Ackerfläche 38 Pflanzenarten, darunter hochbedrohte Arten wie das Rundblättrige Hasenohr. Auf der benachbarten Vergleichsfläche ohne VNP kamen nur vier Arten vor.

Weiter gibt es seit 2018 den **'Blühpakt Bayern'** des STMUV unter der Trägerschaft der Landschaftspflegeverbände für mehr Artenvielfalt mit etwa 3 Millionen € für fünf Jahre. Mit den 4 Säulen „Betriebe, Kommunen, Landwirtschaft, Bürger“ sollen mehr blütenreiche öffentliche und private Flächen geschaffen werden.

Gefördert werden auch sog. Eh-da-Flächen; es sind Offenlandflächen in Agrarlandschaften und im Siedlungsbereich - Böschungen an Verkehrswegen, Verkehrsinseln, Bahndämme, Wegränder und gemeindeeigene Grünflächen, Zwickel in der Agrarlandschaft - meist unbeachtet, für Kommunen oder Bundesbahn oft nur ein Kostenfaktor. Diese Flächen haben Funktionen, u.a. für den Schutz vor Erosion und sollen ökologisch aufgewertet werden. Etwa 2 – 6 %, je nach Region, sind in Deutschland solche „Eh-da“-Flächen.

Weitere Informationen zu den Förderprogrammen (VNP, Blühpakt, KULAP) unter:

<http://www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/foerderung/001007/index.php>

Einschätzung zur EU-Agrarpolitik

Große Bedenken äußerte Wolfram GÜthler gegenüber den geplanten Kürzungen der Agrarumweltprogramme (- 28 %) im Rahmen der GAP, da gerade in Hinblick auf das **Volksbegehren 'Artenvielfalt'** ein wesentlich höherer finanzieller Bedarf entstehe. Außerdem würden keine klaren Umwelt- und Klimastandards benannt. Die pauschalen Flächenprämien seien nicht geeignet, eine bäuerliche, umweltfreundliche und zukunftsfähige Landwirtschaft zu fördern.

AbL-Exkurs zum Volksbegehren 'Rettet die Bienen' Ein Statement für eine bäuerliche Landwirtschaft

Mehr als **1,75 Millionen Mitbürger** haben für mehr Artenvielfalt gestimmt und damit für eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft. Die AbL hat das Volksbegehren unterstützt.

Es gab einen Ruck durch die Gesellschaft. Die Initiatoren sahen im Text ein Statement gegen eine industrielle Landwirtschaft und betonten, das Motto „Rettet die Bienen und die Bauern“.

Teile der Bauernschaft fühlten sich allerdings als Alleinverantwortliche für das Artensterben angegriffen und kritisierten die Praktikabilität einiger Vorgaben.

Ministerpräsident Markus Söder schlägt nach intensiven Debatten am Runden Tisch dem Landtag nun vor, das Volksbegehren als eines der weitreichendsten Arten-schutz-gesetze Europas als Gesetz zu übernehmen.

Zusätzlich soll ein Ergänzungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das die Maßnahmenumsetzung konkretisiert und zusätzliche auf den Weg bringt, z.B. die Einführung eines neuen Schulfachs „Alltagskompetenz“. Außerdem solle das KULAP aufgestockt werden. Die Kosten beziffern sich auf bis zu 75 Mio. € jährlich (Allgäuer Bauernblatt, 11.04.2019).

Für den besonders strittigen Walzzeitpunkt soll, je nach Witterungslage, per Allgemeinverfügung ein späterer Zeitpunkt als der 15. März zugelassen werden können.

¶

Der 'Runde Tisch'

Josef Schmid ist Vorsitzender der AbL Bayern und mit dabei am 'Runden Tisch'. Er fordert eine **grundsätzliche** Änderung der Agrarpolitik: „Das Artensterben ist nicht zu stoppen, indem man der Landschaft ein paar ‚Zierstreifen‘ verpasst.“

Wir brauchen eine Agrarpolitik und Agrarförderung, **die Ursachen abstellt und Landwirte nicht zu immer intensiverem Wirtschaften zwingt.**

Das von Ministerpräsident Söder unterstützte Motto ‚Rettet die Bienen **und die Bauern**‘ ist zu begrüßen, wobei die Bauern nicht vor Volksbegehren gerettet werden müssen, sondern vor einer Agrarpolitik, die solche Volksbegehren notwendig macht.“

Novellierung der Düngeverordnung EU-Kommission fordert Umsetzung der NERC-Richtlinie

Eine kritische Betrachtung der Düngeverordnung

Vortrag von Prof. Dr. Onno Poppinga

Wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie hat die EU-Kommission eine Klage gegen die BRD beim europäischen Gerichtshof eingereicht. Zudem müssen nach der NERC-Richtlinie Luftschadstoffe wie Stickstoffoxide und Ammoniak deutlich reduziert werden.

Die Nitratüberschüsse in den landwirtschaftlich genutzten Flächen gibt es schon seit über 30 Jahren. Vor sechs Jahrzehnten war Stickstoff noch **DER** ertragsbegrenzende Nährstoff und der Staat zahlte Beihilfen für den Kauf von Stickstoffdünger.

Der Einsatz von KAS (Kalkamonsalpeter) lag bei 60 kg N/ha. Jeder Bauernhof hielt noch Tiere. Nur zwei Jahrzehnte später gab es regional schon große Probleme mit Gewässerverunreinigungen, zum Beispiel in bestimmten Weinbaugemeinden an der Mosel und in der Allgäuer Grünlandregion um Kempten. Zur Intensivregion Süd-Oldenburg gab es 1986 den ersten Film im Fernsehen 'Und ewig stinken die Felder'. Im gleichen Jahr gab es die erste Bauerndemonstration in Vechta mit den Forderungen, dass es keine neuen Ställe für mehr Tiere geben darf und dass es Bestandsobergrenzen für die Tiere pro Betrieb und pro Hektar geben muss. Es gab einen ersten 'Gülleerlaß', der keine Wirkung zeigte.

Zu den Emissionen aus der Landwirtschaft kommen solche aus Klärwerken, der Industrie und dem Straßenverkehr. Sie tragen maßgeblich zur Verunreinigung unserer Gewässer bei.

Dass die Novellierung der Düngeverordnung eine echte Lösung des Problems sein kann, bezweifeln nicht nur Bäuerinnen und Bauern, sondern auch Wissenschaftler, unter anderem **Prof. Dr. Friedhelm Taube** von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, und **Dr. Martin Bach** von der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Alleine der Name 'Düngeverordnung' sei schon irreführend. Denn es geht nicht darum, wie man fachgerecht düngt, sondern ausschließlich um die Einhaltung von Obergrenzen.

Laut Prof. Taube wird der jeweilige Düngebedarf der Kulturen zu hoch angesetzt im Gegensatz dazu wird organischer Dünger (bei Weidgang nur 25 %) als zu gering bewertet. Hinzu kommt, dass die Obergrenze von 170 kg N/ha organischer Düngung viel zu hoch ist und wegen der 'unvermeidbaren Verluste' wird weniger Dünger angerechnet. Daraus folgt eine 'geschönte' N-Bilanz und die Überdüngung ist weiter erlaubt.

Eine Nährstoffbilanz aus 2016 für ganz Deutschland, erstellt von Dr. Martin Bach, zeigt dass jährlich 102 kg je ha zu viel Stickstoff ausgebracht wird.

Von Prof. Taube stammt der Vergleich, dass **100 kg Stickstoff-Überschuss je Hektar 250.000 LKW-Ladungen Stickstoff entsprechen**. Dazu Prof. Poppinga: "Daraus erwächst ein **wirtschaftlicher Verlust für die Landwirte von 1,8 Mrd. € im Jahr**." Er kritisiert außerdem an der neuen DüV, dass beim Import von organischen Düngern aus anderen Betrieben es keine qualifizierte Dokumentation geben muss, weshalb Risikobetriebe nicht identifiziert werden können.

Da Stickstoffbelastungen im Grundwasser als regionale Probleme auftreten, werden unterschiedlich belastete Gebiete ausgewiesen als **weiße, grüne und rote Zonen** - letztere wegen hoher Nitratbelastung mit zusätzlichen Auflagen. Die grünen Zonen können im Gegenzug Erleichterungen erhalten. Für die weißen Zonen gilt die normale DüV. Zu den weißen Zonen zählen auch Flächen, die in Wasserschutzgebieten liegen oder in Gemarkungen, in denen im Grundwasser mehr als 37,5 Milligramm Nitrat je Liter ohne fallendem Trend festgestellt worden sind.



Grundwasserkörper in Deutschland, die aufgrund von Nitratbelastungen in einem schlechten chemischen Zustand sind

Umwelt Bundesamt



© Umweltbundesamt, 11/2017

Abb. 3 Umweltbundesamt 2017: schlechter chemischer Zustand sind = rote Flächen

Statt des Verursacherprinzips gilt die Kollektivhaftung: In den 'roten Gebieten' werden auch die Betriebe in Haftung genommen, welche die Belastungen nicht verursacht haben. Umgekehrt dürfen Betriebe mit Nitratüberschüssen in 'grünen Gebieten' weiterwirtschaften mit niedrigeren Anforderungen.

Verschärfung der DüV: Bereits am 1. Februar diesen Jahres hat die Bundesregierung angekündigt, dass die **Anforderungen in den 'roten Gebieten'** verschärft werden sollen, die Verhandlungen dazu dauern an:

- Gestrichen wird wohl die Erlaubnis, mit einem Überschuss von 50 kg N in der Düngebilanz zu wirtschaften.
- Die Sollwerte bei der Düngebedarfsermittlung sollen um 20 % gesenkt werden.
- Die Einhaltung der Obergrenze von 170 kg N an organischer Düngung gilt für jeden einzelnen Schlag.

- Statt eines Nährstoffvergleichs gilt künftig eine 'Aufzeichnungspflicht für die ausgebrachten Düngermengen'.
- Die Bundesländer müssen vier zusätzliche Maßnahmen vorschreiben, z. B. der Anbau von Zwischenfrüchten vor Sommerkulturen oder ein Verbot der Herbstdüngung von Wintergetreide und Raps.

In den grünen Gebieten* gibt es folgende Erleichterungen:

- keine Düngebedarfsermittlung
- keine Feld-Stall-Bilanz

*Dies gilt aber **nur für Betriebe mit weniger als 30 ha LN**, wenn im Jahr nicht mehr als 110 kg N/ha an tierischem Wirtschaftsdünger anfallen, kein Wirtschaftsdünger zugekauft und nicht mehr als 3 ha Sonderkulturen angebaut werden.

Unverständlich bleibt laut Prof. Poppinga, warum die Betriebsgröße auf 30 ha LN beschränkt wird.

Er forderte, dass jene Betriebe von der DüV ausgenommen werden, die ohne Stickstoffüberschüsse wirtschaften. Dazu zählen fast alle Biobetriebe, alleine schon deshalb, weil Biobetriebe nicht zu viel Tiere halten, sondern eher zu wenig – Biolandbetriebe halten durchschnittlich 1,4 GV/ha und bayerische Öko-Milchviehbetriebe 1,16 GV/ha.

Wirtschaften ohne N-Überschüsse hat für die Landwirtschaft eine ganze Reihe von Vorteilen. Mit mäßiger N-Düngung steigt die Qualität der Ackerfrüchte. Die Winzer an der Mosel ernten inzwischen Trauben mit höheren Öchslegraden, bei Braugerste ist bezüglich Proteingehalt und Keimfähigkeit die Qualität besser und Zuckerrüben haben einen höheren Zuckergehalt.

**Ein Beispiel für "weniger kann auch mehr sein"
(Rinderreport Bayern 2016/2017) Abb. 4**

Kraftfutter g/kg ECM	Gesamt	<200	200-250	250-300	300-350	>350
Anzahl Betriebe	113	5	21	37	39	11
Anzahl Kühe	83	83	97	125	85	95
Milchleistung kg ECM/Kuh	8.550	8.195	8.907	8.402	8.669	8.101
Gewinnbeitrag Euro/Kuh	1.000	1.222	1.209	993	991	558
Gewinnbeitrag Cent/kg ECM	11,6	14,9	13,6	11,7	11,4	6,7

Prof. Poppinga forderte für die Bauern neue Ziele:

Weg von höchsten Erträgen auf dem Acker, weg von höchsten Milchleistungen und den meisten Ferkeln!

Vor allem müsse es für die Bauern auch wirtschaftlich interessant sein, extensiver zu wirtschaften. Die Vorteile lägen auf der Hand: Mit starker N-Düngung und hohem Viehbesatz werden zu viele Lebensmittel erzeugt verbunden mit Erzeugerpreisen, die kaum Gewinne abwerfen.

Hohe Erträge und Leistungen seien nicht entscheidend. Es gehe auch um die Kosten.

Solange eine extensive Wirtschaftsweise nicht über Änderungen der Marktverhältnisse honoriert werde müsse eine Förderung für alle Betriebe, die grundwasserschonend wirtschaften, über die Umweltprogramme erfolgen.

3. Preis beim Ackerwildkräuterwettbewerb

Bio-Bauer und langjähriges AbL-Mitglied **Konrad Schützeneder** und seine Frau **Gerti** (links) aus Winkelham bei Simbach (Niederbayern) erhielten anlässlich des diesjährigen Ackerwildkräuter-Wettbewerbes in der **Kategorie 'Ökologischer Landbau'** den 3. Preis. Insgesamt wurden 36 Ackerwildkräuter, davon zwei Arten auf der Roten Liste, der Acker-Hahnenfuß und der Acker-Zahntröst, gefunden und katalogisiert.



Ausgeschrieben wurde der Wettbewerb gemeinsam vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL), der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) dem Biolandverband und dem Bund Naturschutz in Bayern. Es gratulierte die Vorsitzende der BN-Ortsgruppe 'Unterer Inn', Marianne Watenberger

Zwei AbL-Landwirte haben das Wort – Gülleveredelung statt teurer Ausbringtechnik

Praktikerbeitrag von Lucia Egner und Klaus Winter

Klaus Winter hält 38 Kühe mit Nachzucht (1,5 GV/ha) und **veredelt seine Gülle mit einem pflanzlichen Kohlenstoffpräparat und Gesteinsmehl bereits im Stall**. Wenn die Gülle auf über 2,50 m im Güllebehälter steigt, dann wird zusätzlich belüftet. Seit 27 Jahren hat er keinen N-Dünger mehr ausgebracht. Er achtet bei seinem Grünland darauf, dass Untergräser und Klee sich gut entwickeln können, um ein eiweißreiches Futter zu gewinnen. Damit kann er auf Kraftfutter weitestgehend verzichten. Mit der Leistung seiner Kühe ist er zufrieden: 6000 kg/Kuh und Jahr mit 3,90 % Fett und 3,25 % Eiweiß. Die Zwischenkal-beizeit liegt bei 390 Tagen, das durchschnittliche Alter der Kühe ist 6,8 Jahre.

Lucia Egner befürchtet vor allem, dass die kleineren Betriebe die engen Zeitfenster für die Gülleausbringung nur schwer einhalten können. Lohnunternehmer würden zuerst für die größeren Betriebe arbeiten. Weiter würde die Gülle mit der Schlitztechnik eingegraben, verfaule im Boden und die desinfizierende Wirkung des Sonnenlichtes könnte sich nicht entfalten. Außerdem würde die neue Technik mit der hohen Radlast den Boden bis in den Unterboden verdichten, auch wenn moderne Reifensysteme mit Regeldruckanlagen eingesetzt werden. Dadurch würde das Bodenleben gestört, die Speicherkapazität für Wasser, Sauerstoff und Nährstoffe beeinträchtigt und damit die Bodenfruchtbarkeit verschlechtert. Die Nährstoffaufnahme der Pflanzen sinkt und dadurch auch die Erträge



Ob das der Weisheit letzter Schluss ist? „Güllewürste“ auf Grünland mit der Gefahr der Futterverschmutzung



Egner plädiert für eigene Forschungen:

Ziel der AbL ist die Anerkennung vergleichbarer Verfahren nach der Ausnahmegenehmigung § 6 Abs. 3 der DüV anstelle der neuen Ausbringtechnik ab 2020/2025. Die Landesanstalt für Landwirtschaft hat Versuche in Franken gestartet, Laufzeit allerdings bis 2024.

"Wir werden auch selber messen!" Sie rief die Bauern auf, die Qualität ihrer bereits im Stall veredelten Gülle selbst zu beurteilen. Eigene Messgeräte sind in der Erprobung.

Hierzu besteht eine enge Zusammenarbeit mit der IG gesunde Gülle

Weitere Infos hier:

www.ig-gesunde-gülle.de



Teure Investitionen für die Ausbringtechnik heizen den Strukturwandel an

Klimakiller Kuh?

Klimawandel: Klimaschutz und Anpassungsstrategien in der Landwirtschaft

Vortrag von Dr. Andrea Beste

Das Fazit von Dr. Andrea Beste: Wir haben Klimawandel und darauf müssen sich unsere Landwirte einstellen. Dem Ökolandbau gehört die Zukunft. Denn langfristig erfolgreich und nachhaltig ist nur eine Landwirtschaft, die den höchsten Ertrag pro Einheit gesundem, stabilem Ökosystem produziert.

"Die Rinderhaltung verantwortlich zu machen für den Klimawandel, das ist zu kurz gedacht.", sagte sie und forderte, dass die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit betrachtet wird. Der vielerorts zu trockene Sommer im vergangenen Jahr mit Futterknappheit und Ernteauffällen habe die Empfindlichkeit unserer Agrarsysteme angesichts des Klimawandels deutlich gemacht.

Die Art der Düngung

Die intensive Landwirtschaft arbeitet mit hohen externen Inputs. Lachgasemissionen (NO_2) aus Düngung und Böden im Ackerbau haben etwa den gleichen Anteil wie Methanemissionen (CH_4) aus der Tierhaltung. Lachgasemissionen sind aber zwölf Mal klimaschädlicher als Methanemissionen.

THG-Berechnung mit externen Faktoren

Die Emissionen, die bei der Herstellung von Düngemitteln und Pestiziden entstehen, werden nicht der Landwirtschaft zugerechnet. Je nach Berechnung steigt der Anteil Treibhausgasemissionen (THG), der der Landwirtschaft angelastet wird, von 7 auf 13 oder 16 Prozent. Vor allem hängt der Wert davon ab, ob, und wenn ja in welchem Umfang, die Herstellung von Zukauffuttermitteln berücksichtigt wird.

Für Futtermittel werden im Norden Brasiliens Trockenwälder, im Amazonasgebiet Regenwälder abgeholzt. Diese Futtermittel müssten in die Düngebilanzen eingerechnet werden, denn sie gelangen als organische Dünger auf die Felder.

Die Folgewirkungen im Boden

Die zu hohe N-Düngung und der Einsatz von Pestiziden schaden dem Bodenleben, was zu Bodenverdichtungen führt. Die Böden sind dadurch erosionsgefährdet. Vor allem bei Starkregenereignissen kommt es zu Bodenabtrag und Humusverlust. Das Wasserhaltevermögen des Bodens leidet, das heißt, in Dürreperioden können Kulturpflanzen und Grünland vertrocknen, bis zu kompletten Ernteauffällen.



Printfassung der Studie zu bestellen bei



info@martin-haeusling.de



Gegenwärtig ist allerorts von optimalen **Prozessketten, Precision- und Smart-Farming** die Rede. Dr. Andrea Beste widersprach den landläufigen Aussagen, dass damit der Klimaschutz verbessert werden kann. Systemische Lösungen seien den Technischen weit überlegen.

Das Potential der Digitalisierung für die Landwirtschaft, sei überschaubar, weil,

- die Nährstoffbedarfe der Böden, z.B. organisch gebundener Phosphor, nicht exakt genug gemessen werden können. Doch darauf ist eine Präzisionsdüngung angewiesen
- in der Intensivlandwirtschaft eine durchgängig hochwertige organische Düngung nicht vorgesehen ist
- die Technik sehr teuer ist und die Kosten in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen

Für mehr Klimaschutz brauche es hochwertige, humusaufbauende organische Düngemittel, ausgewogene und stabile Fruchtfolgen, den Anbau widerstandsfähiger Sorten sowie Misch- und Permakulturen und Agroforstsysteme. "Die Vorteile liegen auf der Hand.", sagte Dr. Beste.

"Mischkulturen senken das Anbaurisiko, beispielsweise gegenüber Schädlingsfraß. Und Permakulturen liefern mehr Kohlehydrate und Eiweiß je Flächeneinheit als konventionell bewirtschaftete Flächen.", so Dr. Beste. Dies werde deutlich in den Tropen, wo mit Permakulturen über die Hälfte mehr geerntet werden kann - auch aufgrund der höheren Speicherkapazität von Wasser.

Agroforstsysteme stabilisieren den gesamten Landschaftswasserhaushalt, machen die Bodennährstoffe und die Bodenfeuchtigkeit pflanzenverfügbar, sind Lebensraum unter anderem für Insekten und Vögel, und fördern den Humusaufbau.

Ökolandbau ist Klimaschutz, weil

- im ökologischen Landbau ein Drittel weniger fossile Energie pro Hektar verbraucht wird
- in ökologisch bewirtschafteten Ackerflächen doppelt so viel CO₂ gespeichert und deutlich weniger Lachgas emittiert wird als in intensivst bewirtschafteten Böden
- durch die N-Fixierung über Leguminosen der THG-Ausstoß einer Fruchtfolge um mehr als die Hälfte abnimmt

Abb. 5 Finanzieller Ertrag bei gleichzeitig angebauten Kulturen – im Agroforstsystem wurde auf der gleichen Fläche mit Ökoweizen und Bäumen kombiniert ein höheres Einkommen erzielt als mit getrennten Kulturen (nur Bäume oder nur Ökoweizen)

System	Boden	Fläche (%)	Ernte (t)	Preis (£/t)	Output (£/ha/Jahr)
Monokulturen	Kurzumtriebsplantage	100	8,33	60	500
	Ökoweizen	100	5,00	270	1350
Agroforestry	Kurzumtriebsplantage	20	3,35	60	201
	Ökoweizen	80	5,13	270	1385
					1586

Quelle: <http://www.agforward.eu> - Patrik Worms "Agroforestry: a productivity and resilience booster" Studienergebnisse aus Großbritannien, Währung £ Pfund

Teilnehmer und Referenten zogen in der Abschlusdiskussion das Fazit:

Wir brauchen

- eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik, die sowohl den Umwelt- und Artenschutz als auch die Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe zum Ziel hat! Weg von der höchsten Milchleistung, den meisten Ferkeln, der höchsten Mastleistung und den höchsten Ernteerträgen.
- bäuerliche Betriebe, die eine artgerechte und bodengebundene Tierhaltung betreiben. Dadurch lassen sich Futtermittelimporte und ein hoher Anfall an Wirtschaftsdünger vermeiden. Die Grenzwertdebatte über Feinstaub bringt auch die Intensivtierhaltung verstärkt in die Kritik. Denn durch Ammoniak entsteht sekundärer Feinstaub.
- Verbraucher, die unsere Lebensmittel wieder mehr wertschätzen. Jährlich werden rund 11 Millionen Tonnen verzehrfähige Lebensmittel weggeworfen, aber die Landwirte bekommen keine angemessenen Erzeugerpreise.

AbL Punkte-Modell: Für eine soziale und ökologisch nachhaltige Reform der GAP

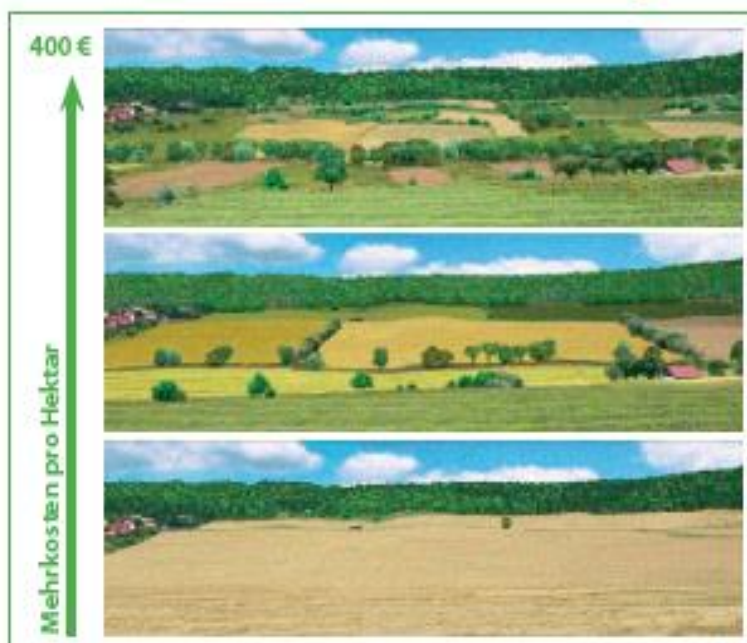


Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP)

Punktemodell auf Basis der Betriebsdaten zur Förderung einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft



Kleinere Schläge – mehr Lebensräume – höhere Artenvielfalt – Mehrkosten in der Bewirtschaftung



Quelle: A. Helfenhuber



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bauernhöfe statt Agrarfabriken



Wer wir sind: Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. ist eine bäuerliche Interessenvertretung, die sich im Jahr 1983 unter dem Namen AbL gegründet hat. Den Landesverband Bayern gibt es seit 2001. Sieben Regionalgruppen sorgen für die Verankerung in den Regionen.

Wofür wir stehen: Die AbL steht für eine nachhaltige, d.h. sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft, wir treten ein für entsprechende politisch-rechtliche Rahmenbedingungen

Wir verstehen uns als Alternative zum Deutschen Bauernverband. Wir vertreten konsequent die Interessen der klein- und mittelbäuerlichen Familienbetriebe, statt Wachstum, Intensivierung und Weltmarktorientierung zu propagieren.

Wir sind aktueller denn je mit unserer langjährigen Forderung „**Bauernhöfe statt Agrarfabriken**“. Wir wollen, dass nicht noch mehr Höfe unwiederbringlich verloren gehen. Der sog. Strukturwandel ist in Wahrheit ein brutaler Verdrängungswettbewerb.

Unser Ziel ist der Erhalt möglichst vieler Betriebe und die Förderung einer kleinstrukturierten, bäuerlichen Landbewirtschaftung, die achtsam umgeht mit den Gemeingütern Boden, Wasser, Luft und Biodiversität. Wir unterstützen weltweit die Ernährungssouveränität der Staaten und treten für faire Handelsbeziehungen ein.

Wir wollen eine artgerechte, bodengebundene Tierhaltung in überschaubaren Beständen und keine Hochleistungstiere mit kurzer „Nutzungsdauer“. Das Tier darf nicht „Produktionsfaktor“ sein, es ist Mitgeschöpf und sein Wohl liegt in unser aller Verantwortung.

Wir nehmen auf konventionell und ökologisch wirtschaftende Bauern, die unabhängig von ihrer Betriebsgröße und -organisation, den Weg in eine industrielle Landwirtschaft nicht mitgehen wollen. Wir besetzen Führungspositionen der Bundes-, Landes- und Regionalvorstände paritätisch mit Bäuerinnen und Bauern, weil wir die Sichtweise der Bäuerinnen für ebenso wichtig halten.

Zu unseren Mitgliedern zählen viele Menschen, die sich als Verbraucher, Umwelt- und Tierschützer oder als entwicklungspolitisch Engagierte für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.

Wir begründeten das „Agrarbündnis Bayern“ mit, das Verbände aus Umwelt-, Natur- und Tierschutz, aus Ökolandbau, Verbraucherschutz und Eine-Welt-Arbeit umfasst.

Wir tragen gesellschaftliche Verantwortung in Verbändegremien des Bayr. Staatministerium Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wie AK Bio Regio 2020, ELER-Begleitausschuss, Runder Tisch Tierwohl, AK Aktionsplan Wolf

Wir brauchen Menschen, die sich mit uns einmischen und sich einsetzen für:

- eine bäuerliche Interessenvertretung und eine bäuerliche Stimme in Brüssel, Berlin und den Bundesländern
- eine Agrarpolitik, welche die weitere Existenz kleiner und mittlerer Höfe sichert
- einen gerechten und effektiven Einsatz öffentlicher Gelder
- eine umwelt- und sozialverträgliche Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung
- den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft
- einen fairen Welthandel
- das Recht auf Nachbau und vieles mehr...

Werden Sie Mitglied! Wir brauchen Ihre Unterstützung. Unsere Arbeit hat schon vieles bewegt, aber es gibt noch viel zu tun, um erfolgreich bäuerliche Interessen durchzusetzen

Kontakt: siehe S. 2 der Broschüre